

Bezugsbedingungen und Anzeigensätze sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 8
Telephon: Dönhofs 282-295
Zel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Sofortzeit 9-3 Uhr
Verleger: Bornstedt-Verlag GmbH
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 8
Telephon: Dönhofs 2508-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vorstöß der blau-weißen Reaktion.

Das Begehren der bayerischen Volkspartei.

München, 20. Januar. (Sta.) Die Landes-Vorstandschaft der Bayerischen Volkspartei hat gestern die beiden Anträge auf ein Volksbegehren zwecks Auflösung des Landtages und Neuwahl eines verfassunggebenden Landtages beim Ministerium des Innern eingereicht. Der erste Antrag hat nachstehenden Wortlaut: 'Wir begehren folgenden Beschluß: Der bayerische Landtag wird sofort aufgelöst. In der Begründung dieses Antrages wird ausgeführt, daß der gegenwärtige Landtag sich durch die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes und notwendiger Verfassungsreformen in so schroffer Weise gegen den Willen der Volksmehrheit gelehrt habe, daß eine sofortige Auflösung notwendig sei.

Der zweite Antrag lautet: 'Der im ersten Halbjahr 1924 neu gewählte Landtag ist ermächtigt, ein Gesetz zur Umgestaltung der bayerischen Verfassung mit einfachem Mehrheitsbeschluss zu beschließen.' In der Begründung zu diesem Antrag wird darauf hingewiesen, daß die bayerische Verfassung unter den Nachkriegsverhältnissen und dem Druck der Revolution zu einem Zustand gekommen sei und nicht mehr dem verfassungsmäßigen Willen der großen Volksmehrheit und den Bedürfnissen des Tages entspreche. Der § 92 der Verfassung habe es einer kleinen Minderheit ermöglicht, alle entscheidenden Verbesserungen zu verweigern, so den Antrag auf Erleichterung der Volksabstimmung und auch das Ansuchen, einen unmittelbar vom Volke gewählten Staatspräsidenten zu berufen. Als unmöglich habe sich auch erwiesen, ein Zweikammersystem zu schaffen, d. h. den unbeschränkten Parlamentarismus durch Schaffung einer zweiten Kammer zu verbessern, die an den wichtigsten Entscheidungen des Staates verantwortlich teilnehmen solle. Das Volk müsse deshalb die Reform selbst in die Wege leiten.

Der Minister des Innern hat nun den Vorschlag auf seine materielle und formelle Voraussetzung hin zu prüfen und ihn dann amtlich zu veröffentlichen, wobei die Vorschläge zur allgemeinen Einzeichnung von Unterstützungserklärungen ausgesetzt werden. Notwendig ist für den Sieg des Volksbegehrens die Zustimmung von 800 000 Wählern.

Haftbefehl wegen Majestätsbeleidigung.

München, 21. Januar. (M.) Das politische Fahndungsamt bringt einen Haftbefehl gegen den früheren Schriftleiter des 'Amberger Vereins-Zeitung' der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Rings, wegen Beleidigung des Generalkommissars.

Es wird verboten...

Apolda, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wegen Unbilden der im 'Vorwärts' bereits kurz wiedergegebenen Ausfälle über das Verhalten der Reichswehr in Thüringen, die Abg. Gen. Hofmann dem Reichswehrminister auf dessen Wunsch, und zwar öffentlich im Saalefelder 'Volksblatt' erteilt hatte, ist auch die sozialdemokratische 'Apoldaer Volkszeitung' auf vier Tage verboten worden.

Es ist zu verstehen, daß es der Reichswehr unangenehm ist, wenn öffentlich festgestellt wird, daß einzelne ihrer Angehörigen Säuglingsgefangene mißhandeln und Verbottene am Pferde gebunden im Galopp 10 Kilometer traben lassen. Aber es wäre richtiger, die Hebelhüter aus dem Heer der Republik zu entfernen und ausgiebiger Bestrafung zuzuführen, als Zeitungen zu unterdrücken und damit die Sicherheitsventile des Volkspornes zu schließen.

Landwirtschaft und Steuerfragen.

Im Reichsfinanzministerium finden heute Verhandlungen mit großen landwirtschaftlichen Organisationen statt. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um die jüngsten Steuernotverordnungen, sondern um Fragen der Interpretation älterer Steuergesetze, insbesondere um die Festsetzung des Wehrbeitragswertes.

Der Entwurf der dritten Steuernotverordnung ist dem Reichskabinett zugegangen, das sich voraussichtlich am Dienstag mit ihm beschäftigen wird.

Clive fährt nach London.

Paris, 21. Januar. (M.Z.) Nach einer Havas-Nachricht aus London ist der britische Generalkonsul Clive zur Berichterstattung nach London abgereist.

London, 21. Januar. (M.Z.) Der diplomatische Berichterstatter des 'Daily Telegraph' schreibt, Clives Bericht über seinen Besuch in der Pfalz werde offenbaren, daß der britische Generalkonsul keineswegs den Eindruck gewonnen habe, daß die separatistische Bewegung in der Pfalz eine spontane und eine starke sei. Im übrigen werde die britische Regierung die Ansichten des britischen Generalkonsuls wohl kaum der Öffentlichkeit preisgeben.

Frankreichs Eisenbahnkrieg gegen England.

Natürlich auf deutschem Boden.

Die franko-belgische Eisenbahnregie hat in ihrem Jura darüber, daß in der Kölner Zone deutsches Gebiet nicht als erobertes Gebiet betrachtet wird und die deutschen Eisenbahnen nicht als unterworfenen Sklaven behandelt werden, 'einschränkende Maßnahmen' für Waren

aus und nach der britischen Zone getroffen, die auf eine Blockade hinauslaufen, welcher Charakter auch in England richtig erkannt wird. Der britische Volkshüter in Paris soll den Auftrag erhalten haben, bei Poincaré zu protestieren.

Die französische Regierung vertritt dazu eine Darstellung, aus der sich lediglich ergibt, daß diese bundesbrüderliche Feindseligkeit die Zustimmung Englands zu dem von der Regie diktierten Vertrag erpressen soll.

Maulkorb für die Sachverständigen.

Poincaré gibt Instruktionen.

Paris, 20. Januar. (Sta.) Wie die Festlandausgabe des 'New York Herald' mitteilt, wird der Ausschuss im Anschluß an die morgige Aussprache mit Dr. Schacht vorwiegend die Frage aufwerfen, wie weit er die Grenzen seiner zukünftigen Arbeit ziehen kann. 'New York Herald' weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Gegensatz zu den amerikanischen die französischen Delegierten von ihrer Regierung gewisse einschränkende Instruktionen erhalten haben. Poincaré bestreite auf der Annahme von zwei Punkten: Erstens will er, daß der größte Teil einer eventuellen internationalen Anleihe für die Reparationen verwendet werden müsse und nicht für die Zwecke einer neuen deutschen Emissionsbank benutzt werden dürfe. Die zweite Forderung und Einschränkung Poincarés sei die Annahme der zurzeit bestehenden französisch-belgischen Kontrolle über die Ruhrindustrie, mit dem Zugeständnis, daß die militärische Besetzung auf ein Mindestmaß reduziert werden wird. (Im dann bei der ersten Gelegenheit funktionenmäßig wieder verstärkt zu werden. Red.)

Block-kapitalistische Frankfützung.

Auf Kosten der breiten Massen.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Finanzkommission der Kammer hat allen Regierungsvorlagen zugestimmt, deren Reihen in erster Linie von der breiten Masse zu tragen sein werden und hat es abgelehnt, durch stärkere Erhöhung der Vermögenssteuer und durch Unterdrückung der Steuerdefraudationen auch die Besitzenden zu den Mehrlasten heranzuziehen. Den Zwangszuschlag zu den Steuern, der zu drei Vierteln auf indirekte Ausgaben entfällt, hat sie ebenso gut, wie die von der Regierung verlangten Vollmachten, auf dem Verordnungswege die Ausgaben zu vermindern, insbesondere durch Zurückstellung des neuen Pensionsgesetzes und durch andere sozialreaktionäre Maßnahmen. Dagegen hat sie die von Poincaré vorgeschlagenen Maßnahmen zur Durchführung einer wirksamen Kontrolle der Steuerbefreiungen grundsätzlich abgelehnt und an deren Stelle ein Gegenprojekt präsentiert, dessen Wirkung in der Praxis gleich Null sein wird. Herr Poincaré aber der sein Verbleiben in der Regierung von der unveränderten Annahme seines Programms abhängig machte, hat sich dem Diktat des nationalen Blocks gebeugt und sich die Durchsicherung seines Sanierungsprogramms zugunsten der Besitzenden ohne Widerpruch gefallen lassen.

Poincaré gegen Poincaré.

Paris, 21. Januar. (M.Z.) Ministerpräsident Poincaré beschränkte sich in einer Rede, die er gestern zur Einleitung des Expedienten im 7. Pariser Arrondissement hielt, im wesentlichen auf lokale Kriegserinnerungen. Am Schluß betonte er Frankreich wüßte friedlich seiner Arbeit nachzugehen. Wenn es für die Beobachtung der Friedensverträge und die Aufrechterhaltung seiner Rechte eintrete, so wolle es damit die allgemeine Eintracht (?) verteidigen. Frankreich wüßte unter dem Schutz des beschworenen Vertrages in Sicherheit zu leben und seine Kriegsschäden wieder gutzumachen. Keine politische Forderung, kein Finanzmandat, kein Druck des Auslandes würde diese Stimme des Gewissens erschüttern. Frankreich sei keine von imperialistischem Wahnsinn erfüllte Macht, die nach fremdem Gut trachte. Es wüßte das Glück der anderen Völker, und zwar nicht nur das Glück seiner Väter, sondern auch seiner ehemaligen Feinde, vorausgesetzt, daß sie ihrer Vergangenheit ausmergen und sich bessern. Frankreich sei bescheiden, es wüßte nichts weiter, was ihm verprochen wurde, und daß es nicht wieder von seinen Nachbarn an der Kehle gepackt werde.

Lebhaftere Börse.

Bei Beginn der neuen Woche zeigte die Börse ein wesentlich freundlicheres Tendenz und etwas festere Kurse. Zur Bekämpfung des Geschäftes tragen in erster Linie die bisher nicht ungünstigen Berichte über die Verhandlungen der Sachverständigen in Paris bei. Außerdem haben auch die jüngsten Situationsberichte aus der Industrie die Hoffnung auf ein Fortschreiten der wirtschaftlichen Industrie Deutschlands wesentlich gefördert. Man ist in Börsenkreisen der Meinung, daß die bisherigen Aktienkurse selbst unter Berücksichtigung aller unangünstigen Faktoren der augenblicklichen Lage doch zu stark gedrückt waren. Die bisherige Zurückhaltung wird seitens der Börse vor allem deshalb aufgegeben, weil man glaubt, daß die nächsten Tage zu erwartende dritte Steuernotverordnung keine direkt unangenehmen Uebersehungen bringen werde. Die Geldmarktlage ist unverändert ruhig. Geld ist zu 1/4 bis 1/2 Proz. reichlich zu haben. Im Devisenmarkt ist die Lage ebenfalls unverändert.

Zulassung des Tscherwonoz in Deutschland.

Der russische Botschaft in Berlin ist, wie der Ost-Express erfährt, vom Auswärtigen Amt mitgeteilt worden, daß nach Aufhebung des früheren Verbotes der Rubelzufuhr nach Deutschland auch der Einfluß von Tscherwonoz keine Hindernisse im Wege ständen.

Amtliche Verelendungspolitik.

Vertrauliches Schreiben des Reichsfinanzministers.

Am 8. Januar, in der Morgenausgabe, gaben wir eine Zuschrift des Deutschen Verkehrsbundes wieder, in der die nicht ganz uninteressante Mitteilung gemacht war, daß die Arbeitgeber des Berliner Speditionsgewerbes bei ihrem Bestreben, einen Lohnabbau von 25 Proz. herbeizuführen, erklärt hatten, sie seien dazu vom Reichsfinanz- und vom Reichsarbeitsministerium veranlaßt worden. Wir hatten im Anschluß an diese Zuschrift darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung sich in erster Linie für den Preisabbau einsetzen müsse und es als 'eine skandalöse Parteimahne zur Aufrechterhaltung der übersteuerten Kartellpreise' bezeichnet, wenn wirklich die Reichsregierung den weiteren Abbau der in dem Speditionsgewerbe bereits um 20 Proz. ermäßigten Löhne verlangt haben sollte. Weiter hatten wir die Erwartung ausgesprochen, daß die genannten Behörden sich zu der Unternehmerbehauptung äußern würden. Das Reichsfinanzministerium schied sich ebenso wie das Reichsarbeitsministerium.

Neun Tage später veröffentlichten wir ein Schreiben des Marinewerks Wilhelmshaven an das Reichswehrministerium, das eine einheitliche Lohnpolitik mit den Privatwerken in der Richtung forderte, daß keine Privatfirma Aufträge erhalten sollte, die höhere Löhne als die eigenen Werften zahlte. Im Anschluß daran nahmen wir auf unsere frühere Anfrage Bezug und bemerkt dazu, daß das Schweigen der beiden Ministerien nur als Bestätigung der Unternehmerbehauptung gedeutet werden könne, daß sie den Abbau der unzureichenden Löhne wünschten. Daraufhin fand das Reichsfinanzministerium endlich die Sprache wieder und ließ durch seine Nachrichtenstelle folgende Notiz verbreiten:

Der 'Vorwärts' bringt in einem Artikel unter der Überschrift 'Staatslich geförderte Lohnrückerei' die Mitteilung, daß eine nicht ausdrücklich genannte Stelle vor einigen Tagen an das Reichsfinanzministerium die Anfrage gerichtet habe, ob die Behauptung der Unternehmer des Berliner Transportgewerbes zutrifft, nicht sie, sondern das Reichsfinanz- und Reichsarbeitsministerium wüßten den Abbau der Löhne. Das Schweigen des Reichsfinanzministeriums könne nur als Zustimmung gedeutet werden. Demgegenüber sei festgestellt, daß dem Reichsfinanzministerium weder von der behaupteten Anfrage noch von der behaupteten Einlassung auf die Unternehmung des Berliner Transportgewerbes etwas bekannt ist und daher alle gegnerischen Folgerungen der Grundlage entbehren. Das Reichsfinanzministerium sieht sich übrigens bei der gebotenen Sparsamkeit in der Verwaltungsarbeit nicht in der Lage, alle Eingänge mit unumgänglichen Unterstellungen zu beantworten. Die Schlussfolgerung, daß das Reichsfinanzministerium den Inhalt einer nicht beantworteten Zuschrift irgendwie als richtig anerkenne, ist daher in allen Fällen durchaus irrig.

Diese traffe Ablehnung wurde begreiflicherweise auch sofort durch die schwerindustrielle 'Telegraphen-Union' weitergegeben. Das war am letzten Sonnabend. Zwar hatte das Reichsfinanzministerium in seiner Ablehnungsnote von einer angeblichen 'Eingabe' gesprochen, die nicht beantwortet worden sei, während es sich doch um eine ganz klare öffentliche Anfrage durch den 'Vorwärts' handelte. Aber diese merkwürdige Reivität hat augenscheinlich ihre besonderen Gründe. Denn in der heutigen Ausgabe des 'Montag-Morgen' wird ein Schreiben des Reichsministers der Finanzen an den Reichsarbeitsminister veröffentlicht, das die dreifachen Ablehnungsversuche glatt zu Boden schlägt. Dies Kusturdokument ist wert, daß es auch hier in seinem vollen Wortlaut wiedergegeben wird:

Der Reichsminister der Finanzen. I. B. 1138.

Berlin, den 14. Januar 1924.

Aus Eingaben verschiedener Arbeitgeberverbände, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, habe ich ersehen, daß der Privatwirtschaft durch Schlichtung der geschlichen Schlichtungsausschüsse zum Teil erheblich höhere Löhne und Gehälter für ihre Arbeitnehmer auferlegt worden sind, als sie das Reich nach Einführung der Weltmarktrechnung an Beamten, Angestellten und Arbeiter zahlte. Ich nehme z. B. auf das nach dort gerichtete Schreiben des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes deutscher Verleihungsunternehmen vom 12. Dezember 1923 und das Schreiben der Vereinigung der Exportfirmen Berlin vom 19. Dezember 1923, von dem eine Abschrift auch dort vorliegen soll, Bezug.

Die in diesen Eingaben gemachten Ausführungen erscheinen auch mir sehr beachtlich. Eine Gesundung der Finanzlage des Reiches wird sich letzten Endes nur dann erreichen lassen, wenn auch die Privatwirtschaft durch eine der allgemeinen Notlage angepaßte Lohnpolitik zu einem Abbau der Lohnpolitik und einer Hebung des Abzuges kommt, die sie lebensfähig erhält und auf dem Weltmarkt mit Erfolg konkurrieren läßt. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß es mir nur bei einer weiteren Senkung der allgemeinen Lebenshaltungskosten möglich sein wird, an den zurzeit geltenden Sätzen für die Bezüge der Staatsbediensteten festzuhalten. Eine Erhöhung dieser Bezüge vermag ich mit Rücksicht auf die außerordentliche Knappheit der mir zur Verfügung stehenden Mittel vorerst zu keinem Bedauern nicht einzutreten zu lassen. Wie auch dort betont ist, haben die wirtschaftlichen Verhältnisse der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Einführung der Weltmarkts und Lohnsätze erheblichen Widerstand entgegengesetzt. Andererseits kommt dank der Einsicht der beteiligten Kreise schwere

Erfüllungen im Staatsbetriebe bisher vermieden werden. Die vorhandene Abkündigung und Beurlaubung würde aber neuen Boden gewinnen, wenn die Arbeiter der Privatwirtschaft in steigendem Maße eine unverhältnismäßig höhere Bezahlung erhalten würden als diejenigen des Reiches.

Ich spreche daher die Bitte aus, von dort aus dahin wirken zu wollen, daß die Schlichtungsausschüsse bei ihrer Tätigkeit auf die geschilderte Gesamtlage Rücksicht nehmen. Falls dort der Standpunkt vertreten wird, daß ein solcher Schritt nicht zu dem gewünschten Erfolg führen kann, darf ich mir die Anregung gestatten, ob es nicht notwendig wäre, durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zu erlassende Verordnung die Spruchfähigkeit der geschlichen Schlichtungsausschüsse dahin einzuschränken, daß über die Lohn- und Gehaltsfrage des Reiches nicht oder nur unter besonderen Voraussetzungen hinausgegangen werden darf.

Bei der Bedeutung und Wichtigkeit der Angelegenheit wäre ich dankbar, wenn mir die dortige Stellungnahme baldmöglichst mitgeteilt werden würde.

Abdruck dieses Schreibens habe ich dem Herrn Reichswirtschaftsminister, dem Herrn Reichswehrminister und dem Herrn Reichspostminister zugehen lassen.

S. A.
gez.: v. Schlieben.

An den Herrn Reichsarbeitsminister.

Durch dieses Schreiben bekennet das Reichsfinanzministerium ganz eindeutig, daß es die allgemeine Senkung der Arbeiter- und Angestelltenlöhne wünscht und daß es sogar die gesetzlichen Schlichtungsausschüsse mit Anweisungen in dieser Richtung versehen lassen will. Warum es dann durch seine Nachrichtenstelle eine so entrüstete Ablehnung verbreiten läßt, wird wohl immer das Geheimnis Dr. Luthers und seines allgewaltigen Gehilfen v. Schlieben bleiben.

Aber von diesen Außerlichkeiten, wenn sie auch noch so bezeichnend sind, abgesehen, bedeutet die Haltung des Finanzministeriums eine Gefahr für die ganze Volkswirtschaft. Nicht genug, daß die Unternehmerverbände in erwachendem Maße „Herrengefühl“ von sich aus die Arbeitsbedingungen für Arbeiter und Angestellte in jeder Hinsicht zu verschlechtern trachten, daß sie die Arbeitszeit verlängern und die Arbeitseinkommen vermindern wollen, die Reichsbehörde liefert ihnen dazu noch die Stichworte! Weil die bürgerlichen Parteien, in denen die Interessen der Unternehmer überwiegen, durch Kriegs- und Nachkriegsjahre es verstanden haben, die Sanierung der deutschen Finanzen zu verhindern, soll jetzt mit einem Ruck diese Sanierung auf Kosten der beschlagnahmten, aber Werte schaffenden Arbeiterbevölkerung herbeigeführt werden. Die plötzliche Herabsetzung aller Beamtengehälter und der Löhne für Staatsarbeiter hat die größte Not in diesen Kreisen hervorgerufen, die Kaufkraft aufs stärkste herabgemindert. Das genügt jedoch zur Sanierung der deutschen Finanzen nicht. Man will auch noch die Arbeiter und Angestellten in Privatbetrieben dorthin in ihrem Einkommen beschränken, daß sie nicht in der Lage sind, irgendetwas als nennenswerter Faktor beim Absatz deutscher Produkte mitwirken zu können.

Die wirtschaftliche Weisheit des Reichsfinanzministeriums erschöpft sich also darin, die breiten Massen des deutschen Volkes launfähig zu machen. Es wäre freilich seine Aufgabe, wie die aller beteiligten Reichsbehörden, den inneren Markt zu stärken, den Konsum im eigenen Lande zu heben, um die Industrie lebensfähig zu erhalten. Dazu gehörte vor allem, daß die Einnahmen der breiten Volksschichten gesteigert, nicht abgebaut werden. Und dazu gehörte weiter, daß ein planmäßiger Preisabbau gerade auf jenen Gebieten erfolgte, wo durch Unternehmerindulgenz und Kartelle eine willkürliche Hochhaltung der Preise Platz gegriffen hat. Aber die Herren vom alten Stil, die noch heute im Reichsfinanzministerium den Ton angeben, kennen keinen anderen Ausweg aus der Sackgasse, als die Verelendung der deutschen Arbeiter, weil sie meinen, daß durch sie eine Verbilligung der Produktion und damit die Möglichkeit erzielt werden könnte, deutsche Produkte

ins Ausland abzustößen. Sie finden sich da wieder in ihrer alten Rolle, lediglich Sprachrohr der Unternehmerinteressen zu sein. Der Ministerialdirektor v. Schlieben nimmt in seinem Schreiben ausdrücklich Bezug auf die Eingaben der Unternehmerverbände. Das Verlangen der Arbeiterorganisationen spielt in seinem Gesichtskreis keine Rolle.

Es ist die bekannte Schlange, die sich in den eigenen Schwanz beißt. Das Ministerium beruft sich auf die Unternehmer, die Unternehmer auf das Ministerium. Beide aber sind sich einig darin, die Arbeiter- und Angestelltenfrage lediglich als Objekt der Gesetzgebung zu behandeln. Es ist selbstverständlich, daß bei solchem Geschäft auch die Agrarier nicht fehlen. Diese pflegen ihre Forderungen rechtzeitig anzumelden und mit Nachdruck zu betreiben. Schon die Tatsache, daß infolge des Sturzes des französischen Franken einige Sendungen französischer Weines zu billigeren Preisen nach Süddeutschland eingeführt worden sind, gab dieser Tage dem landbändlerischen Organ Anlaß zu der Forderung, daß die seit dem 4. August 1914 suspendierten landwirtschaftlichen Zölle, und zwar in genügender Höhe, wieder eingeführt würden.

Organisierter Lohnabbau auf der einen Seite, künstliche Preissteigerungen durch Schutzzölle auf der anderen: das ist das Ziel der organisierten Unternehmer, und das Reichsfinanzministerium leistet dabei freudwillige Hilfe. Gegen diese Absichten müssen sich die Arbeiter- und Angestelltenverbände, muß sich das ganze arbeitende Volk rechtzeitig und so vernehmbar zur Wehr setzen, daß selbst die verbündete Reaktion davon zurückschreckt. Wenn nicht einmal die bevorstehenden Wahlen zum Reichstag die Ministerien und die Unternehmer davon abhalten, ihre Verelendungspolitik offen zu betreiben, so wird der Kampf gegen sie zwangsläufig zur allgemeinen Wahlsache werden. Dann werden die hungernden Schichten des deutschen Volkes Gelegenheit haben, über Luther, Schlieben und ihre Besinnungsverwandten Bericht zu halten!

Das schmutzigste Blatt der Welt.

Welchem Blatt gebührt der Preis, das schmutzigste der Welt zu sein? Obwohl es in Deutschland eine eigengewachsene Scharfmacherpresse gibt, die in schamloser Weise ihren Geldgebern dient, obwohl die Pariser Boulevardpresse als korrupt bis über die Ohren enthiilt ist, möchten wir den Preis unbedenklich einer Zeitung zuerkennen, die den Titel führt: „Nachrichtendienst“. Herausgegeben durch den französischen Pressedienst Düsseldorf. Berichtigungs- und Informationsblatt für das besetzte Ruhrgebiet. Nichts kennzeichnet die Entwürdigung der so vielfach geschändeten „Pressfreiheit“ stärker als die Existenz einer Zeitung auf deutschem Boden, die vom französischen Militärkommandanten und von der französischen Regierung subventioniert wird, während die wirkliche deutsche Presse des besetzten Gebiets unter den schwersten Bedrückungen und Schädigungen zu leiden hat.

Der „Nachrichtendienst“, der täglich erscheint und für eine Mark monatlich (!) abgelesen wird, steht jetzt im zweiten Jahrgang, d. h. er ist unmittelbar nach der Ruhrbesetzung gegründet. War er als Mittel des Ruhrkriegs noch einigermaßen zu rechtfertigen — Krieg ist Krieg! — so bedeutet sein Fortbestand nach der Beendigung des Ruhrkriegs zweifellos eine dreiste Einmischung in die inneren deutschen Verhältnisse. Das ganze Streben der Redaktion ist darauf gestellt, alles, was in Deutschland geschieht, zu verächtigen und herunterzuziehen, die Politik Poincarés aber und der französischen Generale skrupellos zu verherrlichen.

Natürlich findet auch die Pöbel-Politik des Generals de Reg nirgends einen eifrigeren Verteidiger als in diesem eblen Blatt. Unter anderem ist da in einem Artikel über „Pfälzer Weltgeschichte“ zu lesen:

In Deutschland, wo der Staatsbegriff dazu führt, die Behörden als das Primäre anzusehen und das Publikum nur als Anhängel dazu, ist es sehr leicht, aus der begrifflichen Sorge beamteter Personen um Karriere und Pension

die „öffentliche Meinung“ einer Bevölkerung abzuleiten. Dazu kommt, daß man in corpore nicht alles sagen kann, was man privatim denkt. Wir erinnern nur an die Tage des passiven Widerstandes: Wie viele haben da anders gesprochen als sie gedacht haben?

Wie gesagt, für Kenner der rheinischen Frage ist diese doppelte Meinung ein bekanntes Phänomen. Man darf nicht sagen, was man will, weil man sich vor dem Hochverratsstrimmel fürchtet. Die einseitige Berichterstattung über Einzelsfälle, die in jedem politischen Umsturz unabwendbar sind, hat nur den Zweck, die wirklichen Absichten und die ehrlich-deutsche Stimmung der Anhänger der Autonomie zu verbergen. Wer wird Herrn Reichspräsidenten Ebert die Schnapsgläser vorwerfen, welche die Kaiser Matrosen bestimmt auch gekostet haben?

Das schreibt der „Nachrichtendienst“, der selber nichts als das „Anhängel“ der durchaus „primären“ französischen Militärbehörde ist! Dieses Anhängel ist entschieden für „politischen Umsturz“, sofern er den Zwecken der französischen Separatistenpolitik dient; über den Umsturz von 1918 aber macht er seine ebenso blöden wie frechen Bemerkungen.

Wer die ehrliche Verständigung zwischen dem französischen und dem deutschen Volk will, der wird mit Entschiedenheit fordern müssen, daß der „Nachrichtendienst“, dieses schmutzige Produkt militärischer Eroberungshochmut auf deutscher Erde, so rasch wie möglich verschwindet!

Deutschnationale Wahlsorgen.

Graf Westarp's Prefferestil.

Die Deutschnationalen haben immer wieder behauptet, die erdrückende Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben. Je näher aber der Wahltag kommt, desto größer wird ihre Sorge, woher sie die „erdrückende Mehrheit“ nehmen sollen. Sie scheinen mit ihrer bläulichen Propaganda lässigen Schiffsrudern erlitten zu haben und gehen jetzt mit dem verzweifelten Plan um, eine besonders billige Zeitung zu gründen, um die „erdrückende Mehrheit des Volkes“, die sich durch Phrasen nicht einfangen ließ, auf diesem nicht mehr ungewöhnlichem Wege zu gewinnen.

Einige Sorge macht ihnen allerdings die Finanzierung des Unternehmens. Auf Grund einer sehr unrichtigen Berechnung geben sie selber an, daß, um ein verblühend billiges Blatt zu schaffen und um es drei Monate lang zu halten, 500 000 Goldmark erforderlich seien! 1 Million müßten sie demnach haben für sechs Monate und 2 Millionen Mark für ein Jahr! Außerdem haben sie sich kalkulieren lassen, daß ein einmaliger Betrag von 300 000 Goldmark als Einführungskosten beizufassen werden müßten. Daß die Urheber des Planes hoffen, diese gewaltigen Summen aufzutreiben zu können, zeigt wieder einmal, wie sich die deutschnationalen Steuerbekämpfer, die nicht müde werden, ihren nobenden Bankrott infolge Steuerbelastung zu beklagen, selbst einschätzen. Für alles andere haben die deutschnationalen Patrioten Geld, für „Furchung“, illegale Kampfbünde, Prefferestil, nur nicht für den Staat.

Der beabsichtigten Zeitung soll eine Auflage von einer Million zugrundeliegt werden. Nach Meinung der Treiber um Westarp würde eine solche Zeitung, täglich herausgebracht, genügen, um täglich alles zur Erweckung des deutschen Nationalgeistes notwendig in knapper und dadurch besonders wirksamer Form zu bieten! Die Leute um Westarp vertreten die Auffassung, daß schleunigst „vaterländische Kreise“ handeln müßten, „da andererseits sicher zu erwarten ist, daß die rüstigen und unflüchtigen jüdisch-demokratischen Presse-Verlagshäuser Mosse und Wolff ihre zuverfügbaren Mittel, um der Geldgeber die Rentenmark aus der Tasche zu ziehen, geben sie mit dem Märchen kredeln, daß die Auflage des sozialdemokratischen Zentralorgans „Proletariat“ so minimal geworden sei, daß daraus der Widerwille gegen die rote Presse“ geschlußfolgert werden könne, und prophezeien, die deutschnationalen Reichstagsleute würden sich auf 100 bis 120 erhöhen! Um auf alle Fälle sicher zu gehen, muß auch wieder einmal der „Befreiungskrieg“ als Werbemittel herhalten. Graf Westarp läßt mitteilen, daß er die Führung in der Angelegenheit zu übernehmen gedenke.

Man sieht, die Deutschnationalen lassen alle Minen springen, um ans Ziel zu kommen. Dabei passiert ihnen aber das Malheur, allzu offenerzig zu sein. In einem der Schwarzbriefe, die die

Der „Geistige“ und die Caritas.

Von einem Autor.

Der Verleger, zurzeit St. Moritz im Engadin: „Infolge einer „geschäftlichen“ Reise komme ich erst heute dazu, Ihr vor vier Wochen an mich gerichtete Schreiben zu beantworten. Leider kann ich Ihnen darin enthaltenen dringenden Gesuch um einen honorarvorschuß nicht entsprechen, da ich selbst durch anderweitige Verpflichtungen aufs Äußerste in Anspruch genommen bin.“

Der Kommerziant A.: „Sie dachten also an eine Bevorzugung oder Abtretung Ihrer Verlagsrechte, weil Sie momentan Geld brauchen? Ja, wissen Sie, wir sind praktische Geschäftleute, wir machen so etwas nicht gern à fonds perdu, da möchte schon eine Gegenleistung dabei sein. Halt, da fällt mir was ein. Sie sind ja Orientalist. Mein Freund, der Kommerziant B. von den großen chemischen Werken nebenan, verkauft viel nach dem Orient. Einen Augenblick! Ich will gleich mal anfragen. — Hallo! Hier ist so 'n Doktor, so 'n Orientalist, der hat eben seine gelehrte Sache rausgebracht, möchte seine Verlagsrechte verkaufen, der kennt die Sprachen und Gebräuche im Orient, könnte Ihnen die Reklame für Ihre Drogen und Seifen in der Landessprache besorgen, hab'n Sie Meinung dafür? Wie? dankel! — Na, da ist leider nichts zu machen. Der hat schon eine Vertretung draußen, die ihm die Chose macht. Ja, da kann ich Ihnen nicht viel helfen, ich muß auch gesehen, daß ich mich nicht recht kompetent für Ihr spezielles Gebiet fühle. Aber da fällt mir eben etwas ein. Geh'n Sie doch mal zur Erzellenz Z., der ist früherer Minister, Vorsitzender der Literarischen Gesellschaft, hat 'n guten Leberblick über die diversen geistigen Gebiete. Bezieh'n Sie sich auf mich. Geld hat er zwar nicht, aber er kann Ihnen einen guten Rat geben. Na, denn auf Wiedersehen!“

Der reiche Verwandte: „Auf keinen Fall kannst Du auf Unterstützung von meiner Seite rechnen! Schriftstellerei ist nur ein Vorwand zum Bummeln. Arbeitet Arbeit (schändet nicht!) Carnegie hat gesagt, das größte Glück des Menschen ist, arm geboren zu werden! Such' Dir irgendeine nützliche Tätigkeit und Du bist mein Mann. Geh in ein Bergwerk!“

Die Hilfsorganisation: „Ihrer hieher gerichteten Gesuch konnte diesseits nicht entsprochen werden, da Einzelsprüche grundsätzlich nicht berücksichtigt werden. Auch sind wir in Ihrem Fall nicht zuständig. Sie gehören doch zweifellos einem Verbande an, da müssen Sie Ihren Antrag zunächst an Ihren Verband einreichen, der ihn an den zuständigen Ortsausschuß weiterleitet. Von da geht er an den Zentralausschuß in B., wobei darüber befunden werden wird, ob es tunlich ist, Ihrem Antrag stattzugeben. Allerdings können wir Sie von vornherein darauf aufmerksam machen, daß Barunterstützungen an Einzelpersonen grundsätzlich nicht verabsolgt werden, wohl aber könnte, falls sich die Möglichkeit bieten

sollte, die Erteilung eines Preisgeldes für Benutzung einer Suppenküche in wohlwollender Erwägung gezogen werden.“

Die Freundin: „Hör mal, Schatz, so kann ich unmöglich mehr mit Dir ausgehen. Dieser schäbige Koffer und tafferi bist Du auch nicht! Was sollen denn die Leute denken! Wir müssen eben Schluss machen! Aber einen guten Rat will ich Dir noch aus Freundschaft geben. Sieh Dir Kurt an, wie fest der immer geht! Der schießt! Werde auch Schieber!“

Stimme aus dem Volk: „Na, Doktorchen, denn kommen Sie man heute Abend so ganz flussam zum Essen, da Olla hat von Wuttern, wo da hinten bei Tempeln no flaeze Klische hat, ne juft Jans mitgebracht. Aber eine Bedingung stell ich: wenn wa wieder auf de Straße begegnen, nich so stoz vorbeiziehn!“

Stimme aus dem Ausland: „Berehrter Herr Doktor! Wir danken Ihnen für die lebenswürdige Zusendung Ihres neuen hochinteressanten Werkes. Es wird in der hiesigen Fachpresse eingehend gewürdigt werden. Die traurige Lage Ihres Landes berührt uns aufs schmerzlichste. Um so mehr bewundern wir, daß Sie in diesen schweren Zeiten eine so wertvolle Arbeit vollenden konnten. Als geringes Zeichen unserer herzlichsten Sympathie beehren wir uns Ihnen als Ergebnis einer im Freundeskreise veranstalteten Sammlung einsteigenden Scheck ganz ergebenst zu überreichen.“

Triumph der Fiktion. In diesen Tagen ist eine Neuauflage des Rietmehens erfolgt. Auf welchem Wege, können unsere Leser aus dem politischen Teil unseres Blattes ersehen. Interessant dabei ist nun, daß das preussische Wohlfahrtsministerium, dem wir diese beglückende Tat zu danken haben, mit einer Beharrlichkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, an dem Begriff der Grundfriedensmiete festgehalten hat. Sie ist nach wie vor in Papiermark zu entrichten, aber die Zuschläge sind in Gold berechnet. Es ergibt sich also der Zustand, daß jemand etwa zu einer Miete von 30 M. monatlich noch 100 Papiermark, d. h. den hundertmillionsten Teil eines Goldpfennigs zu bezahlen hat. Wo der zu beschaffen ist, hat der wolle Geheimrat leider der Offenlichkeit vorenthalten. Wir haben hier ein typisches Beispiel der „Als-ob-Philosophie“, wie sie schöner Hans Weingarten in seinem unlangreichen Buch nicht hätte anführen können. Um die Fiktion von der Grundmiete aufrechtzuerhalten, wird mit aller Gewalt der Begriff der Papiermark in Anwendung gebracht, obwohl er praktisch nicht die geringste Bedeutung mehr hat, wie in der gleichen Notiz bezeichnenderweise angegeben werden muß. „Es lebe die Fiktion, zum Teufel mit der Vernunft!“ — so könnte man ein bekanntes Sprichwort modifizieren. Wir schlagen vor, den Verfasser des Erlasses zum Ehrenvorsitzenden der Als-ob-Gesellschaft in Halle zu ernennen. Bsp.

Ausstellung Hoffmann von Fallersleben in der Staatsbibliothek. In den Räumen ihres Ausstellungsraumes hat die Staatsbibliothek ihre Hoffmann-Schätze ausgestellt, in beinahe erschreckender Fülle. Himmel, was hat der Alte von Coroon im Laufe seines Lebens geschrieben, gesammelt, drucken lassen, ediert! Im Jahre 1830 hat die

Staatsbibliothek die Handschriften, die Hoffmann gefunden hatte, erworben. Im Jahre 1908 ist dann vom Sohne Franz Hoffmann, dem Vater, der Staatsbibliothek der Nachlaß überlassen worden. Dazu kommt, was an Erbschaften und weiteren Büchern vorhanden ist. Es dürfte kaum irgendetwas von Belang fehlen, von den vielen vielen kleinen lyrischen Bändchen an bis zu den wichtigen Editionen und Kommentaren. Auch von dem, was diese Persönlichkeit aus seiner Zeit angezogen hat, ist mancherlei vorhanden. Am meisten interessieren aber natürlich ein paar handgeschriebene Blätter. Da ist vor allem ein Doppelblatt mit den auf Helgoland 1841 entstandenen Gedichten, unter denen an erster Stelle das Deutschlandlied steht. Ob dieses Doppelblatt die erste Niederschrift des Deutschland, Deutschland über alles“ ist, muß allerdings bezweifelt werden. Neben manchem anderen fallen die zwei Stammbuchblätter der Brüder Grimm an den Schüler auf, beide datiert vom 3. September 1818. Wilhelm schrieb dem jungen Freunde eine Stelle aus Konrad von Würzburgs „Iwanen Kriege“ auf, Jakob zitiert aus „Frieden dancs Bescheidenheit“ den Spruch: „Ein leicht mensche angethan demach als uns sin herzo siat.“ Sehr schön ist auch eine Stilkzeichnung von E. Krdlich, die die ganze gesunde Früchte und Raffinesse des alten Wanderers und Jockers festhält. Unter sie hat Hoffmann mit eigener Hand den Vers geschrieben:

„Und bist du nur ein Glöcklein —
frisch auf, frisch auf, mein Sang!
Es führt auch die Lavine
von eines Glöckleins Rang.“

Gefehrter wie Dichter wie Politiker ist gleichmäßig vertreten. Es lohnt sich in diese Bücher, Bilder und Manuskripte zu vertiefen. Der Duft einer Zeit, in der in Deutschland um Ideen gekämpft wurde, die heute früher als je sind, steigt auf; der Duft auch einer jenen Kultur der Mäßigkeit, die uns das Zeitalter der Schreibmaschine und der Notationspresse geraubt hat.

Die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie, die vor kurzem in München begründet wurde, hat jetzt ihr neues Heim am Bavarialring bezogen. Das Institut wurde hauptsächlich durch die Energie Rappelsin geschaffen, und die Gelder dafür stellte hauptsächlich der amerikanische Psychologe Dr. James Loeb zur Verfügung. Wie ein Bericht der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ hervorhebt, konnte die Anstalt nicht im ursprünglichen Ausmaß geschaffen werden, aber immerhin ist mit ihrer Gründung eine erhabende Tat vollbracht worden, die große wissenschaftliche Bedeutung hat.

Als Gründungsfest der Volksbühne in der Ober am Königsplatz wird am Sonntag, den 27. Januar, vormittags, unter Leitung von Generalmusikdirektor Erik Wilder von Solten, Kabelle und Ular der Staatsoper Westhofens IX. Einlaß zur Aufführung gebracht.

Nichterscheidt veranlaßt die Humboldt-Hochschule Dienstag, abends 8 Uhr, Vorlesung Nr. 12. Aus ihren Reihen tragen Herr Frau Sie Löster-Schüler, Dr. Alfred Böhm, R. Hermann (Reihe), R. B. Goldhamer. Aber eine neue Selbstregierung, die in einem Stillschließen Laboratoriums Bergeheft würde, berichtet „Münchener Guardian“. Die Regierung würde der Sozialisierung einen Erfolg für Vatin bieten. Sie sei mehr wie Vatin und werde infolge ihrer Eigenschaften mit dem amtlichen Stempel versehen werden. Sie solle nur etwa 10 Proz. des Vatinpreises. Die nächsten Eingelassen über die Zusammenfassung der Regierung würden streng geheimgehalten.

Gesellschaft an besonders tatkräftige Leute gerichtet hat, wird unumwunden zugestanden, daß man nur deshalb so viele Mittel verpulverte, weil man die Gesetze einer Lieberumpfung mit der Reichstagswahl fürchtete. Noch außen hin tut man so, als könne man die Reichstagswahl kaum erwarten, im engeren Kreise der Parteileitung aber macht sich schon heute eine Ragenjammerstimmung geltend, die selbst vor der Ludendorff'schen Desperadatsaktion nicht zurückbleibt.

Ruhrinhaftierte gekündigt.

Ein glanzvolles Nebenprodukt des Abbaus.

Der Sparauschuß des Reichstags verhandelte heute den Personalabbau bei der Reichsbahn. Vom Reichsverkehrsministerium wurden in ausführlicher Darstellung die bisherigen Resultate des Abbaus bekanntgegeben. Das Gesamtergebnis des Abbauprozesses wird zur Folge haben, daß bis 1. April 1924 der Personalstand der Reichsbahn, der am 1. Oktober 1923 rund eine Million an Beamten, Angestellten und Arbeitern umfaßte, um mindestens 20 Proz. vermindert sein werde. Bezüglich der durch die Einbruchsmächte inhaftierten Eisenbahner kam zur Sprache, daß die Eisenbahndirektionen, denen die Namen aller Inhaftierten leider nicht vollständig bekannt waren, bei der Gesamtlündigung der im Ruhrgebiet beschlagnahmten Arbeiter infolgedessen keinen Unterschied zwischen Inhaftierten und Nichtinhaftierten machen konnten, jedoch wurde den Inhaftierten zugestanden, daß ihnen der volle Lohn nach einschließlicher des Monats zu zahlen ist, der auf den Monat folgt, in dem die Inhaftierung geschehen ist.

Es wurde einstimmig vom Sparauschuß angeregt, daß die den Inhaftierten ausgesprochenen Kündigungen sogleich zurückgenommen werden mögen. Die ausgewiesenen Eisenbahner sind bisher vom Abbau gänzlich verschont worden.

Arbeiterwohlfahrtsküchen.

Von einer großzügigen Aktion der Arbeiterwohlfahrt wird uns aus Hamm berichtet. Dort veranstalteten die Arbeiter durch ihre Vertreter, nachdem die von katholischen und evangelischen Frauen unterhaltenen Küchen sich als nicht lebensfähig erwiesen, großzügige Sammlungen zugunsten eines Volksküchenfonds. Dabei fanden sie namentlich auch in jüdischen Kreisen volles Verständnis und reiche Gaben wurden ihnen von dieser Seite zur Verfügung gestellt. Die Stadt überließ eine Küche und bald konnten täglich unentgeltlich 143 Portionen warmes Essen zur Ausgabe gelangen. Jetzt werden bereits 217 Portionen täglich verteilt, für eine größere Menge reichen die Kessel nicht. Zu Weihnachten konnte die Arbeiterwohlfahrtsküche an die Bedürftigen Kleider usw. verteilen. Die Gaben, in der ganzen Bevölkerung gesammelt, betragen zu 90 Proz. vom jüdischen Hilfsverein. Das Küchenpersonal setzt sich aus den Kreisen der Bedürftigen zusammen. Das Essen wird abgeholt, da in der Küche nicht ausreichend Raum für die Speisung der Hungerigen ist. Als Abholer kommen in Frage Wunden mit ihren Kindern, Klein- und Sozialrentner ohne Unterschied der Partei und der Religion. Das Bestehen der Arbeiterwohlfahrtsküche ist finanziell bis April gesichert.

In Münster wurden die durch das bekannte Attentat verurteilten Räume des „Volkswillen“ zu einer Volksküche hergerichtet. Die Leitung liegt in den Händen des Vorstandes der Arbeiterwohlfahrt. Auch hier wurde besonders aus jüdischen Kreisen viel für die Küche gegeben, die am 28. November damit beginnen konnte, täglich 150 bis 170 Portionen Essen unentgeltlich zu veranschaffen. In diesem Monat (Januar) gelangt der zweite Kessel zur Aufstellung, so daß Log für Log 300 Personen gespeist werden können. Das Essen wird an alle Bedürftigen ohne Unterschied der Konfession und Partei verteilt. Gestützt auf die zurzeit vorhandenen Mittel und die laufenden Zuwendungen ist das Bestehen der Küche bis April gesichert.

Vor der Unterhaus-Abstimmung.

London, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung über den Währungsantrag der Arbeiterpartei wird heute abend um 11 Uhr mitternacht, mitteleuropäischer Zeit, stattfinden und da sich am Wochenende keine Veränderung vollzogen hat, wird allgemein angenommen, daß er mit einer Mehrheit von etwa 70 Stimmen angenommen werden wird. Es ist wahrscheinlich, daß einige Liberale mit der Regierung stimmen und daß sich einige weitere der Stimme enthalten werden, aber ihre Zahl wird nicht genügen, um die Loge zu beeinflussen, da die Mehrheit der Liberalen entschlossen ist, Asquith Gefolgschaft zu leisten. Es ist übrigens noch immer möglich, daß mit der Abstimmung über den Währungsantrag die Adressdebatte nicht abgeschlossen wird, da weitere Anträge vorliegen. Die „Times“ schreiben jedoch, daß, wenn der Schluß der Debatte nach dem Satz der Regierung beantragt wird, er auch beschlossen werden dürfte, ähnlich im Jahre 1892, als die konservative Regierung Salisbury durch die Liberalen gestürzt wurde. Baldwin würde sich dann am Dienstag zum König begeben und die Demission seines Kabinetts einreichen; dann würde der König Macdonald zu sich rufen und ihm die Bildung der Regierung übertragen. Das Arbeiterorgan „Daily Herald“ warnt heute vorwiegend keine Beser. vor den in der bürgerlichen Presse verbreiteten Ministerlisten, die auf voreiligen Kombinationen beruhen. Der „Daily Herald“ fügt jedoch hinzu, es gehe als sicher, daß Macdonald selbst neben dem Premierministerposten die ausserordentlichen Angelegenheiten verwalten wird und daß allgemein angenommen wird, daß Arthur Henderson und J. H. Thomas, die schon während des Krieges Minister in der Koalitionsregierung Lloyd Georges waren, Minister des Innern resp. Marineminister sein werden. Ebenso erwartet man, daß Philipp Snowden Lordkanzler und Clynnes der sich während des Krieges als Ernährungsminister auszeichnete Führer des Unterhauses, was ebenfalls in England eine Ministerstelle ist, erster Lord des Schatzes oder Lord-Schatzmeister sein wird. Patrik Hastings und Gchner, beide Juristen und bereits Mitglieder des königlichen juristischen Rates, sind für die Posten des Generalstaatsanwalts resp. des höchsten juristischen Beraters in Aussicht genommen.

Kommunistenverfolgung in Polen. In den Räumen des Bar-Schauer Clubs der Arbeiterjugend wurden massenhaft kommunistische Auftritte vorgeführt. Sechs Personen wurden verhaftet. In Lodz wurde ein Redakteur des „Golos Polski“ (Stimme Polens), namens Bogdanoff, wegen kommunistischer Agitation verhaftet. — Da die Sozialisten den rumänischen Vorstoß, die Konferenz beider Staaten in Warschau abzuhalten, annehmen werden?

Das schlawisch-italienische Bündnis wird am 23. Januar in Rom unterzeichnet. Polisch und Rüstisch kommen dazu nach Rom.

Das ägyptische Kabinett ist zurückgetreten. Der König hat den Premierminister, bis zu seiner Rückkehr nach Kairo am 25. Januar im Amt zu bleiben. Dann wird zweifellos der Führer der Unabhängigkeitspartei Sagut Pascha mit der Kabinettsbildung beauftragt werden.

Bürgermeister Ritters Bestattung.

Die Trauerkundgebung im Stadthaus.

Den durch einen raschen Tod hingerafften Bürgermeister von Berlin, unseren Genossen Adolf Ritter, ehrte heute der Magistrat durch eine im Rathaus veranstaltete Trauerfeier. In dem schon durch seine Architektur erst stimmenden Hof war vor einem Hain von Lorbeerbäumen der Sarg aufgebahrt, bedeckt mit Kränzen und Blumen, überlagert von schimmerndem Kerzenlicht. Hinter dem Sarg rogte das unsterbliche Banner der Stadt Berlin auf, zu den Seiten hielten Magistratsbeamten die Wache. Die Mitglieder des Magistratskollegiums, viele Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung aus allen Fraktionen, Mitglieder der Bezirksämter und der Bezirksvereinigungen, Abordnungen der sächsischen Beamten, Angestellten und Arbeiter, Vertreter vieler Gewerkschaften, des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Organisation für den Bezirk Groß-Berlin, eine große Zahl Parteigenossen und engere Freunde des Verstorbenen füllten den weiten Raum. Auch der frühere Oberbürgermeister Wetmuth, preussischer Ministerpräsident Braun, Minister Senering, Vertreter der Reichsregierung und dieser Behörden und Körperschaften nahmen an der Trauerfeier teil. Unter den zahlreichen Kranzpenden waren Kränze vom Magistrat, von den sozialdemokratischen Stadtverordneten, vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, von der Gewerkschaftskommission, vom Reichspräsidenten, Reichswalden Damerius zu Coriolan, vom Völkervereinigungsdirektor unter Hogels Leitung vorgetragen, leitete die Feier ein.

Oberbürgermeister Boehl widmete dem Toten folgende warm empfundene Worte: Auch die, die wußten, daß ein schweres Herz leiden seit Jahren dem Bürgermeister unserer Stadt zuleh, traf sein plötzlicher Tod am Donnerstag voriger Woche überraschend, uns alle aber, die wir mit ihm arbeiteten, ihn liebten und ihm näherstanden, tief erschütternd. Adolf Ritter war ein grundgütiger, freundlicher, in sich einfach aufgebauten Mensch und ein klar blickender, streng rechtschaffen denkender, überaus pflichtgetreuer und fleißiger Beamter. Zu früh ist er von uns gegangen. Schicksal von Geburt als Knabe der geistigen Arbeit zuneigend und zustrebend, zwang ihn die knappen Verhältnisse der Eltern, ein Handwerk zu lernen, wie er es nannte, sich „frei“ zu lernen. Er hat sich frei gelernt, sich den Weg gebahnt zu geistiger Tätigkeit für die er vorbestimmt war. Von der Gemeindefürsorge zur Schneiderlehre, zur Hoch- und Fortbildungsschule, zu Privatstudien und Hochschulfürsorge und zur Universitätsdränge der hochbegabte Knabe, der Jüngling und der Mann vorwärts. Vom ersten bis zum letzten Augenblick seiner Arbeit für die Bürgerstadt Berlin wurde Adolf Ritter von Freund und Begleiter gleich hoch geschätzt und gewürdigt. Stets war sein Reden wie sein Handeln sachlich eingestellt. Seine gesunde Natur wählte die positive praktische Arbeit, war grundsätzlich doktrinärer Inanspruchnahme abgeneigt. Sein Wirken in unserer Stadt als Stadtverordneter, Stadtrat und Bürgermeister ruhte auf der sicheren und richtigen Erkenntnis, daß die allgemeine Politik recht wenig mit kommunaler Verwaltung zu tun habe. So ist er unermüdlich in fast allen Teilen unserer Verwaltung tätig gewesen und hat in der Stille unendlich viel mehr geleistet, als der Öffentlichkeit bekannt geworden ist. Er war den Mitgliedern des Magistrats und mir selbst ein treuer, lieber Kollege und ein stets offener, aufrichtiger Freund und Berater. In unserem Bürgermeister Ritter ist der Mensch vom Beamten nie getrennt gewesen. Den starren Formen des Beamtenwesens ist es nicht gelungen, den Menschen in ihm zu unterdrücken. Sein äußeres Wesen einfach, meist zurückhaltend und fast überhöflich, sein Charakter wahr, gerade, rechtschaffen und zuverlässig. Er war ein liebevoller, treusorgender Vater und Vater seiner Kinder, ein Mann, der in der kurzen Zeit, die ihm die Götter gegeben, sich ganz der Familie widmete und oft und gern von der Freude an seiner tüchtigen Hausfrau, die ihm zugleich eine eifrige soziale Mitarbeiterin war, an der lieblichen, arbeitenden, heiteren Tochter und dem tüchtigen Sohn sprach, dessen Ausbildung und Studium sicherzustellen sein ganzer heißer Wunsch war. Die Liebe der Seintigen, die Dankbarkeit der

Stadt Berlin folgen dem redlichen, tapferen Kämpfer, dem treuen Begonnenen, den ein unerwartliches Schicksal vor Vollendung seiner Arbeit von unserer Seite gerissen, über diese Stunde und über das Grab hinaus! Ehr sein Andenken!

Dann trat der neue Stadtverordnetenparlamentarier, Genosse Hoff, an die Bahre, um namens der Stadtverordnetenversammlung dem verstorbenen Bürgermeister die letzten Scheidegrüße nachzurufen. Seinem Lebensweg ist führte er aus, schneller ein Ende gefügt worden, als nach menschlichem Ermessen erwartet werden konnte. Vernichtet sind all die Hoffnungen, die wir gezeugt hatten, vernichtet der reiche Segen, den wir uns von Deiner Arbeit noch versprechen durften. Zu dem Bild von Ritters Leben und Wirken, das Oberbürgermeister Hoff gezeichnet hatte, fügte Genosse Hoff noch einige Striche hinzu. Er schilderte, wie Adolf Ritter als dreizehnjähriger Junge aus Schöten nach Berlin kam und es ihm verweigert wurde, seinen Beruf nach Wunsch und Neigung zu wählen. Ritter suchte Befriedigung in der Tätigkeit eines Beraters und Führers der Schwachen und Schutzbedürftigen, und als Gewerkschaftsleiter und Arbeitersekretär fand er ein reiches Betätigungsfeld. Nachdem er 1907 als Stadtverordneter in das Stadtparlament eingetreten war, erwarb er in der praktischen Arbeit des Kommunalpolitikers sich allgemeine Achtung. Er wurde 1910 von der Stadtverordnetenversammlung in den Magistrat entsandt und, als 1920 Groß-Berlin zustande kam, zum Bürgermeister gewählt. Der sächsische Mann aus der Schneiderwerkstatt stieg zu diesem hohen Ehrenamt auf. Der lange Weg dorthin war gepflastert mit Not und Arbeit. Adolf Ritter war kein verantwortungsloses Amt pflichter und erfolglos übernahm und sich die Achtung und Dankbarkeit weiser Volkskreise erworben. Trauernd denken wir die Sachsen an Deinem Sarge. Als Vermächtnis übernahmen wir von Dir die Freude an der Arbeit, übernahmen wir Deinen Fleiß und Deine Tapferkeit. In der Humanität, die ein Grundzug Deines Charakters war, wirst Du unser Vorbild bleiben. Hochreue, Du aufrichtiger Mann, Du tapferer Streiter für das Recht, Du pflichttreuer Beamter der Stadt! In Liebe und Achtung wollen wir Dein gedenken. Dieses Gedächtnis möge auch Deiner Familie ein Trost in ihrem Schmerz sein. Wir wollen weiter in Deinem Geiste arbeiten zum Wohle der Stadt und ihrer von Sorge und Not bedrängten Bevölkerung.

Als Vorsitzender der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion sprach Genosse Heimann. Schön und reich war Ritters Leben, weil er aus kümmerlichsten Anfängen sich aus eigener Kraft emporzurichten konnte. Die Fraktion ist stolz darauf, daß ein großer Teil dieses Lebens ihr gewidmet worden ist. In ihren Arbeiten nahm er führenden Anteil. Durchdringung von der Richtigkeit der Forderungen und Ziele unserer Partei, verlor er doch niemals den Blick für das Erreichbare. Sein Andenken wird in unserer Partei und weit darüber hinaus stets in höchsten Ehren gehalten werden.

Genosse Weis, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gedachte des trauen Kameraden, der im Parteivorstand mitarbeitete. Er schilderte Ritters Arbeit im Dienst der Arbeiterklasse, eine rührige und sachliche Art, die nie verlegte. Den Reim der Hoffnung auf eine bessere und schönere Zukunft hat er als Initiator in manchen Herz gepflanzt. Dienst an Volksgenossen sah er als seine Aufgabe an. Genosse Weis gedachte der Gattin des Verstorbenen und der Kinder, denen er ein leuchtendes Vorbild sein werde. Sein Wirken werde auch in der Arbeiterklasse lebendig bleiben.

Für die Berliner Gewerkschaftskommission widmete ihr Vorsitzender Genosse Sabath dem bewährten Mitarbeiter einen Nachruf. Mit diesem Willen ist Adolf Ritter unermüdlich für die Arbeiterklasse tätig gewesen. Wir scheiden von ihm mit dem besten Gefühl des Dankes und werden sein Wirken pfeifen.

Mit Gefang und Richard Wagner's Trauermarsch endete die Feier. Dann wurde der Sarg hinausgetragen und der Trauerzug setzte sich in Bewegung hinaus nach dem Gemeindefriedhof Friedrichsfelde, wo die Beisetzung stattfand.

Der tödliche Fehlschuß.

Gemütsroheit eines Amateurläufers.

Ein schwerer Jagdunfall, der Anfang November vorigen Jahres einem Berliner Ingenieur und Fabrikbesitzer Rader das Leben kostete, beschäftigte am vergangenen Samstag das Strafgericht in Neu-Ruppin. Angeklagt war der Schützlermeister Albert Krause aus der Bohlenstraße zu Hermsdorf. Bemerkenswert ist die ungläubliche Tatsache, daß der Unglücksfall zwar gesehen und gemerkt hat, daß er seinen Jagdgenossen angeschossen hatte, aber es dennoch fertig brachte, sich um den Angelegenen überhaupt nicht zu kümmern. Nicht minder beachtenswert aber ist, daß das Neu-Ruppiner Gericht die Tötung eines Wildmannes mit nur 2 Monaten Gefängnis ahndete.

Der Täter, Schützlermeister Krause, bezog am Jagdtag früh morgens auf der Feldmark von Königsdorf bei Gransee am Baldessee eine Sandgrube und schloß von hier aus zweimal auf ein Reh, das auf ein Kleeblatt ausgefahren war, ohne es zu treffen. In der Schußrichtung hatte Rader in einer Kleezweige seinen Standort bezogen. Zum Frühstück erschien er nicht. Als man dann nach ihm suchte, fand man ihn mit durchgeschossenem Kopf in der Sandgrube liegen. Krause bestritt, den verhängnisvollen Schuß abgegeben zu haben, und lenkte den Verdacht auf die Staatsförster, die wohl aus dem Walde herausgeschossen haben mochten. Um die Untersuchung irrezuführen, hatte er auch sein Gewehr reinigt und sich um Rader nicht gekümmert. Von Kriminalkommissar Trettin überführt, legte er das Geständnis ab, mü dem zweiten Schuß den Jagdgenossen getroffen und getötet zu haben, wie er in der Grube verschwand. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angelegenen, der sein Geständnis reuenvoll wiederholte, eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten. Der Verteidiger moß die Schuld dem Jagdpartner zu, der die Aufstellung der Schützen nicht mit der nötigen Sorgfalt vorgenommen habe. Das Gericht erkannte auf 2 Monate Gefängnis. Es zog als strafverschärfend in Betracht, daß Krause sich um den Jagdgenossen, der vielleicht noch hätte errettet werden können, nicht kümmerte, daß er, um die Spur von sich abzulenken, seinen Drilling reinigte, um den Missetäter zu erwidern, als ob er gar nicht erschossen hätte, und die Förster verdächtigte, die gar nicht beteiligt und ganz schuldig waren.

Berlin im Schnee.

Das außerordentlich milde Wetter hat sehr dazu beigetragen, den Schnee in den Straßen zum Abschmelzen zu bringen. Dort, wo es der Straßenreinigung möglich war, die Abfuhr zu bewirken, sind die Straßen nahezu rein und trocken. Um so schlimmer sieht es dafür in anderen Straßen aus. Die Zustände in den Straßen um die Zentralmarkthalle spotten aller Beschreibung, und man fühlt sich unendlich der wilden Bemerkung aus Ehrenbreit, Vordamm, Knodden, Neu-Karlsfelde, Anzefinnen- und Gemütsroeten und andern faulenden Straßen bestehenden Sammelstellen in die Art des Mittelalters zurückversetzt, und auch die vielen Kämpfer und Tretischen, die täglich am Fährer Bahnhof antommen oder von dort abfahren, werden mit Eristouren und Grausen sich in einem Umkreis von verlebten schmierigen Müllbergen verleben. Es ist nun allerdings hohe Zeit, daß sich die Stadtverordneten mit diesen schleichend nicht mehr erträglichen Zuständen beschäftigen.

Riesenkundgebung der Berliner Kriegsoffer.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsinvaliden und Kriegerhinterbliebenen hatte zum Sonntag vormittag nach Mittagsfesten in der Hofenstraße zu einer Riesenkundgebung gegen den Abbau der Versorgung und Fürsorge sowie gegen die rückwärtslose Anwendung der Personalabbauverordnung bei den Schwerbeschädigten aufgerufen. Schon lange vor 10 Uhr war der große Saal dicht besetzt. Da immer neue Massen heranströmten, mußte eine Panzerverammlung in einem anderen Saal einberufen werden. Diese war ebenfalls überfüllt. Die Redner, Vizepräsident des Reichsbundes, Rende vom Gau Berlin des Reichsbundes und Bestar Francke von der Deutschen Friedensgesellschaft fanden mit ihren Ausführungen den lebhaftesten Beifall. Wie die von der Reichsregierung mit Wirkung vom 1. Januar festgelegten neuen Goldmarkrenten ausfallen, schützten die Referenten in eingehender Weise. So betrug die Rente eines Kriegsblinden in der ersten Zeit nach dem alten Gesetz 141 Goldmark, jetzt 52, die Rente eines fünfzig Prozent Erwerbsbeschädigten 37,50, jetzt 8,85 M., die Rente eines Mannes, der ein Auge verloren hat, 28,50, jetzt 4,45 M., die niedrigste Rente einer Kriegserwitte 33,35, jetzt 8,85 M. Bei den übrigen Kriegshinterbliebenen besteht das gleiche Verhältnis. Diese Renten bedeuten ein langsames, aber sicheres Dahinsinken und Verhungern. Bei der Frage des Personalabbaus wurde verlangt, daß es das äußerste zulässig. Daß die Schwerbeschädigten im jetzigen prozentualen Verhältnis weiter zu beschäftigen sind. In der Frage der sozialen Fürsorge brachten die Referenten zum Ausdruck, daß die Anwendung armenrechtlicher Grundzüge gegenüber den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen unter allen Umständen auszuschließen sei. Einer Zulassung der Kriegs-, Sozial- und Kleinrentnerfürsorge unter Ausschluß der Rückerkämpfungspflicht wird jedoch das Wort geredet. Gegenüber einigen Rednern des Internationalen Bundes wies der Bundesvorsitzende Pfänder darauf hin, daß es sich bei ihnen um den unausgesprochenen Versuch handele, die Not der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen dazu zu mißbrauchen, um den kommunistischen Parteifarren Vorparnendienste zu leisten. Der Reichsbund müsse es ablehnen, sich auf einen Parteipunkt festlegen zu lassen; er erwarte in seinem Kampf um ausreichende Versorgung und Fürsorge nicht nur die Unterstützung der geliebten Arbeiterschaft, sondern die aller wahren Menschenfreunde. Eine im Sinne der Referenten gehaltene Entschließung fand in der Panzerverammlung einstimmige Annahme, in der Hauptverammlung stimmten die erschienenen Kommunisten und die Anhänger des Internationalen Bundes dagegen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Abt. Mittwochs, den 23. Jan., 7 Uhr. Schulaussch. Gebiete. Mitgliederberichterstattung. Vortrag: Die „Vormittags-Schulaussch.“. Da die Wala pünktlich 10 Uhr ankommt, ist auch, wird pünktlich empfangen. Es muß eingeladen werden.
2. Abt. Sonntags abends 7½ Uhr. Funktionärstagung bei Götsch.
3. Abt. Oberleitung, Seite 7½. Über Funktionärstagung bei Götsch, Strammes Straße 6. Alle Funktionäre müssen anwesend sein. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Die Gruppenleiter und Abteilungsleiter.
4. Abt. Mittwochs, den 23. Jan., 7 Uhr. Sitzung des Ausschusses für die Arbeit. (Sonntag 8 Uhr, 1½ Uhr nachm. (Sonntag) hat.)
5. Abt. Mittwochs, den 23. Jan., 7 Uhr. Sitzung der Platte des Ausschusses für die Arbeit. (Sonntag 8 Uhr, 1½ Uhr nachm. (Sonntag) hat.)

